



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Helge Limburg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anette Kramme MdB

Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 30 18 580-9010

E-MAIL PStn-Kramme@bmj.bund.de

21. Mai 2025

Betr.: Ihre Frage Nr. 36 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages
am 21. Mai 2025

Sehr geehrter Herr Kollege,

anliegend übersende ich Ihnen meine Antwort auf Ihre oben genannte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Frage Nr. 36:

Wurde seit 1949 eine nach deutschem Recht gewährte anwaltliche Pflichtbeordnung in Haft- oder Gewahrsamssachen wieder abgeschafft oder hinsichtlich des Umfangs gesetzlich eingeschränkt, und falls ja, welche Änderung wurde vorgenommen (bitte unter Angabe des/der betreffenden Paragraphen)?

Antwort:

Einschränkungen im Sinne der Fragestellung gab es im Bereich der Gesetzgebung des Bundes nicht.